Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Geidmann. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 42.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Durch die Post bezogen und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge undeutlicher Schrift kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 188 — Montag, den 16. August 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Voraussichtlich morgen wird das ostpreußische Abstimmungsgebiet von den Alliierten geräumt.

*

England erkennt die russische Sowjetregierung an.

*

Die bolschewistischen Truppen haben Soldau genommen.

*

Amerika erkennt General Wrangel nicht an.

*

Der Streik im Saargebiet ist beendet, der Belagerungszustand aufgehoben.

*

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten angesichts des Ernstes der Lage beantragt.

Englische Sorge vor einer deutsch-russischen Koalition.

Der diplomatische Vertreter der Zeitung Ivu hörte von einem Ententediplomaten folgendes: Die Beratungen in Hythe sind von der Presse nicht so ernst verstanden worden, als sie waren. Der Hintergrund der Politik beruhte auf anderen Dingen, als die Tagespolitik sie zurzeit sieht. Nur wenige begreifen die Folgen, die sich in Europa vollziehen können und müssen, wenn die Russen den Frieden über Polen diktieren, wie es allen Anschein hat. Das Schicksal Polens wird nicht in Betracht gezogen, da man die Existenz dieses Staates nicht für so wertvoll hält, daß sich darüber streiten ließe. Es geht um nichts weniger als um die Auflösung des Friedensvertrages von Versailles, wenn man aufrichtig sein will. Das ist in Hythe gesagt worden und wurde auch nirgends bestritten. Wenn man sich des Vorschlages von Churchill erinnert, der dahin geht, das deutsche Heer auf Kriegsfuß zu lassen, damit es im Auftrag der Alliierten und mit deren Unterstützung Rußland daran hätte hindern sollen, die polnische Beute zu zerstückeln, dann würde auch jeder Laie erkennen, welch ein Risiko die Alliierten mit der Ausführung dieses Planes übernommen hätten. Wer hätte dafür garantieren können, daß Deutschland die ihm zugewiesene Aufgabe erfüllen würde und seine Waffen nicht gegen seine früheren Feinde wenden wollte? Verhindern kann man dies nur dadurch, daß die Entente von sich aus den Vertrag von Versailles vernichtet hätte, um Deutschland freundschaftlich gegen Rußland zu gewinnen. Damit war aber Frankreichs Schicksal besiegelt und die Zeit war zu kurz, um einen solchen Plan ausreifen zu lassen. Trotzdem hielt England diese Gefahr für die kleinere und war bereit, erhebliche Opfer zu bringen, wenn sich dieser Weg hätte beschreiten lassen. Die zweite Gefahr, die nun droht, ist viel ernster für die Alliierten, denn es handelt sich um nichts weniger als die Wiederaufrichtung eines Militärbündnisses zwischen Rußland und Deutschland, das die gewaltigste Militärmacht der Welt darstellen kann. Zwar mag dies keineswegs von der jetzigen deutschen Regierung gewollt oder beabsichtigt sein, was die Entente nicht bezweifelt, aber es können doch die Umstände sehr leicht dazu führen, daß Rußland sich zur Durchführung dieses Gedankens einen Weg bahnt, der Deutschland unübersehbare Vorteile bietet und es daher leicht verlocken kann, sich zu einer solchen Verständigung herbeizulassen. Irrtümlich wird noch immer behauptet, daß in Rußland die Bolschewisten regieren, was äußerlich zutreffen mag. Es geht dort jetzt um die diktatorische Gewalt, die um so größer und stärker wird, wenn sich auch Deutschland mit dieser Politik versteht. Polen sei zertrümmert und auf sein Heer sei nicht mehr zu rechnen. Das Volk ist für den Bolschewismus empfänglich geworden, wie das deutsche Volk nach den Niederlagen für die Revolution. Das sind Volksschwächen, die sich aber rasch brechen, und einen Planwechsel ebenso nach anderer Richtung zulassen. Als Millerand in Hythe darauf drängte, daß alle Mittel angewandt werden müßten, um Deutschland von Rußland zu trennen, erwiderte Lloyd George, er möge nur einmal nachdenken, was für Deutschland auf dem Spiele stehe, wenn die Deutschen von der Gelegenheit keinen Gebrauch machten. Dann dürfe man sie mit vollem Recht für die biedersten Ehrenmänner halten. Es geht also nicht um Polen, sondern um die Zukunft Europas, was sehr viele noch nicht begreifen. England bleibt fest entschlossen, im jetzigen Augenblick nichts zu unternehmen, was den Funken entzünden könnte. Schlägt Rußland die Hand aus, die ihm geboten wird, dann muß abgewartet werden, was weiter geschieht, aber eine übereilte Handlung ist nicht zu erwarten, weil man die Lage klarer übersieht, wie wohl je zuvor.

Der Ententediplomat bedauerte sehr die Haltung der Presse verschiedener Länder, die noch immer Anlaß biete, den Konflikt zu verschärfen, anstatt ihn abzuschwächen.

*

Die wirtschaftlichen Besprechungen.

Der Vertreter der russischen Sowjetregierung in Berlin, Viktor Kopp, hat in seinen von der Freiheit veröffentlichten Erklärungen gesagt, indem die französische Presse von einer militärischen Allianz zwischen den deutschen Militaristen und den russischen Bolschewisten fabele, suche sie nur die sich anbahnende wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Rußland zu hintertreiben. Wir sind der Meinung, daß die französische Presse und die französischen Politiker noch ganz andere Ziele verfolgen und vor allem Stimmung und Vorwände für neue Gewaltaktionen schaffen wollen. Daß ein Geheimabkommen zwischen Deutschland und Sowjetrußland, das irgendwie einer Allianz ähnliche sähe, nicht besteht, ist nun schon genügend erklärt worden. Was besteht, sind Vorschläge zu einer Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen, der wohl auch eine Aufnahme politischer Beziehungen folgen würde. In diesem Sinne ist von England und Italien mit Sowjetrußland verhandelt worden, und solche Besprechungen haben auch zwischen Berlin und Moskau stattgefunden. Jetzt, nach der Rückkehr des Herrn Viktor Kopp aus Moskau, werden sie fortgesetzt. Mit Kopp sind zwei andere Beamte der Sowjetregierung in Berlin eingetroffen: der wirtschaftliche Sachverständige Bramann-Brodowski, der schon an den Beratungen über die sogenannten Zusatzanträge zum Brest-Litowsker Vertrage teilnahm, und der zum Kreise Tschitscherins gehörende Herr Michalski. Heute wird, wie wir weiter erfahren, auch der Prof. Bronussow, der Chef des russischen Verkehrswesens, mit einem Stabe von Technikern nach Berlin kommen.

Die Rolle Amerikas im französisch-englischen Konflikt.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob Herr Millerand bei seinem Vorgehen hinsichtlich der Anerkennung des Generals von Wrangel Sicherheit aus gewissen Nachrichten gewonnen hätte, die ihn über die wahrscheinliche Haltung Amerikas frühzeitig zugegangen sein müssen. Er glaubte darüber orientiert zu sein, daß mit Bezug auf die Beurteilung der Legitimität der Sowjetregierung in Washington andere Ansichten vorherrschten, als in London. Eine Bestätigung dieser Vermutung haben wir jetzt in der amerikanischen Note an Italien, die als Antwort auf eine italienische Anregung eingegangen ist, derzufolge Washington seine Ansicht über das russisch-polnische Problem mitteilen solle. Diese im echtesten Wilsonstil gehaltene Darlegung aberkennt der Leninschen Regierung den Anspruch, eine rechtmäßige Regierung im Sinne des russischen Volkes zu sein und wendet sich dann dagegen, daß die Politik der Sowjetregierung auf die Unverletzlichkeit und die Wiederherstellung der wahren Grenzen Rußlands abzielte. Diese Grenzen sollten das Ganze des früheren russischen Kaiserreiches umfassen, und das ist nach Wilson ein Bekenntnis zur früheren zaristischen Annektionspolitik, als ob nicht das heutige Amerika auch nur das Erzeugnis einer rücksichtslosen Eroberungspolitik wäre! Man kann aber nach alledem begreifen, daß die französische Presse Morgenluft wittert und ihrer Versicherung, der englisch-französische Konflikt werde beigelegt werden, den zweideutigen und bezeichnenden Zusatz anfügt, diese Einigung werde durch die Haltung Amerikas gefördert werden. Die Tragweite der neuesten Note aus Washington ist denn auch wirklich kaum zu unterschätzen, und der Erlaß des absoluten Herrschers der größten Demokratie der Welt dürfte an der Themse sehr geteilte Empfindungen ausgelöst haben. Indirekt ist er nämlich gleichzeitig gegen die Politik Lloyd Georges gerichtet, die vermeiden will, daß Europa und Asien in einen endlosen und riesigen Guerillakrieg gestürzt wird. Er hat sich zu der konstruktiven Idee bekannt, von der der Observer kürzlich sagte, daß sie die einzige Hoffnung auf einen europäischen Frieden bedeute. Man muß abwarten, ob es ihm gelingt, sich gegenüber Wilson durchzusetzen, der seine Note ausdrücklich auch mit gewissen innerpolitischen Erfahrungen der letzten Zeit begründet, d. h. mit den Versuchen zu einer bolschewistischen Umsturzpropaganda in der Union. Eine Möglichkeit, auf eine mittlere gemeinsame Linie zu kommen, könnte am ehesten wohl von dem amerikanischen Großkapital gesucht werden, das seinerzeit die erste Finanzmacht war, die nach dem Umsturz in Rußland dort neue Fäden anknüpfte. Im übrigen wird man aber in der Wilsonschen Note eine neue Anstrengung zu sehen haben, den Versailler Frieden zu sichern, dessen Ratifizierung Wilson ja bekanntlich noch nicht einmal im eigenen Lande durchzusetzen vermochte.

Die Entspannung des englisch-französischen Konflikts.

Aus London wird gemeldet: Nach einem Meinungsaustausch zwischen der englischen und französischen Regierung hat der französische Minister des Aeußern erklärt, die Anerkennung des Generals Wrangel bedinge durchaus nicht die Verpflichtung, ihm militärische Hilfe zu leisten. Jedenfalls würde die militärische Unterstützung erst nach vorheriger Beratung mit England erfolgen. Die französische Note wird von der englischen Presse als Genugtuung gegenüber England empfunden. Den Times zufolge ist nach dieser Mitteilung von Paris aus die schon geplante Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand wieder aufgegeben worden.

Aus London wird weiter gemeldet: Lloyd George hat am Freitag abend seinen üblichen Sonntagsurlaub angetreten und ist nach seinem Landsitz abgereist. Auch die königliche Familie, die angesichts der gespannten Lage die Reise nach Schottland verschoben hatte, wird am kommenden Montag nach Balmoral abreisen. Die Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten, die noch Donnerstag auf Sonntag festgesetzt war, findet erst nach Abschluß der Verhandlungen von Minsk statt. Man betrachtet dies als Anzeichen dafür, daß die Entspannung des englisch-französischen Konfliktes bereits eingetreten ist.

Die Entscheidungsschlacht um Warschau im Gange.

Wie die Pariser Blätter aus Warschau melden, ist die Entscheidungsschlacht um die polnische Hauptstadt seit Freitag in vollem Gange. Auf beiden Seiten stehen zusammen etwa 600 000 Mann im Kampfe. Längs der Eisenbahnlinie Warschau—Danzig ist die Verteidigung noch intakt; dagegen haben die Russen im Osten der Stadt Fortschritte gemacht.

Rücksichtsloser Terror gegen polnische Großgrundbesitzer

Laut Isvestija befiehlt die Sowjetregierung rücksichtslosen Massenterror gegen die Großgrundbesitzer, sowie gegen alle Polen, die an den Kämpfen gegen Sowjetrußland teilgenommen haben, ferner die Beschlagnahme aller landwirtschaftlichen Produkte und aller Waffen der polnischen Bevölkerung, sowie die Einquartierung großer Truppenteile in allen Städten und Dörfern Polens zur Wiederherstellung der Ordnung. Die Uebernahme Polens durch das russische Proletariat soll auf jede Weise gefördert werden. Ein besonderes Komitee soll eine schnelle und tätige Kolonisation Polens vorbereiten.

Soldau von den Bolschewisten besetzt.

Bericht über die Lage auf dem russisch-polnischen Kriegsschauplatz: Soldau wurde nach Kampf am 13. August abends von den Bolschewisten besetzt. Die Polen gehen auf Löbau zurück, da die Bahnstrecke Soldau—Lauenburg—Strasburg bereits in den Händen der Bolschewisten ist. Russische Kavallerie ist im Vormarsch auf Wloclawec und hat die Gegend Sierpc erreicht. Im Angriff auf Modlin waren heftige Kämpfe in der Gegend Plosk und Nasielsk, südwestlich Brest-Litowsk, die polnischen Kräfte wurden hinter den Wieprz-Abschnitt zurückgenommen.

Ende des Saarstreiks.

Der Saarstreik ist beendet. Seit Sonnabend früh 6 Uhr hat das Saargebiet, das seit dem 1. März ein Experiment ohne Beispiel in der Geschichte ist und von einer internationalen Regierungskommission verwaltet wird, wieder Verkehrsmittel und Zivilbehörden. Die Streikleitung der Beamten, die in der Nacht zum 6. August die Räder der Eisenbahn stillgelegt, Telephon- und Telegraph ausgeschaltet, dem Dienst der Gerichte und Standesämter, der Post und der Scheckbüros ein Ende gesetzt hatte, fand auch mit dem Signal zum Abbruch des Streiks unbedingten Gehorsam. Die Geschlossenheit des gesamten Personals, der Behörden und der Staatsbetriebe war lückenlos. Trotzdem hat der achttägige Streik, der dem Geschäftsverkehr schwere ohne Murren getragene Opfer auferlegte, keinen wirklichen Erfolg.

Das neue Beamtenstatut, dessen grundlegende Aenderung verlangt wurde, soll allerdings eine Kommentierung erfahren, die manche Beschwerde mildert; aber die Regierungskommission hat unter Ablehnung des Streikrechtes der Beamten ihren Standpunkt durchgesetzt, so daß erst nach Wiederaufnahme der Arbeit von neuen Verhandlungen die Rede sein könnte. Die Entscheidung zuungunsten der Beamten gab die Haltung der Arbeiterschaft, namentlich die der Bergleute. Die ausgesprochen nationale Tendenz des Streiks gegen die westliche Orientierung der Regierungskommission wurde von einer Anzahl unabhängiger Gewerkschaftsführer als alldeutsch verdächtigt. Als Beweismaterial dienten Schriftstücke des Heimatdienstes, die acht Tage zuvor bei der Grenzkontrolle des früheren Zentrumsabgeordneten Ollmert gefunden worden waren. Vergebens protestierten die Führer der Streikenden, der Demokrat Anschütz und der Unabhängige Thamorus, gegen den Vorwurf alldeutscher Machenschaften, die Spaltung war nicht zu überbrücken. Staat des Generalstreiks entbrannte eine Fehde zwischen der S. P. D. und der U. S. P. D.

Bismarck und die Vorgeschichte des Weltkrieges.

In einem soeben im Verlag von L. W. Seidel u. Sohn in Wien erschienenen Buche von E. C. Corti: Alexander von Battenberg. Sein Kampf mit dem Zaren und Bismarck, finden sich einige, zumeist aus den Akten der Wiener Ministerien entnommene Aeußerungen Bismarcks.

Bismarck sah schon damals am Balkan, insbesondere in Serbien, den Zündstoff zu einem Zusammenstoße Oesterreich-Ungarns mit Rußland. Aus einer Unterredung Bismarcks mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szechenyi am 14. Januar 1886 entnehmen wir folgendes:

Soll das so weit gehen, fragte Szechenyi, daß es Rußland frei stünde, in Bulgarien einzurücken? — Warum nicht, fiel der Fürst ein, wenn Sie sich die Befugnis vorbehalten, unter denselben Voraussetzungen, dasselbe in Serbien zu tun. Ich begreife die Kompensationstheorien der Balkanstaaten nicht und schon gar nicht, daß Oesterreich-Ungarn Serbien vergrößern will, da ein Emporblühen dieses Staates in demselben Maße das Wachsen einer serbischen Irredenta bei Ihnen befördern müßte. Aber wie dem immer sei, die Demarkationslinie würde allen diesen Uebelständen abhelfen und die Sicherheit bieten, daß sich Oesterreich-Ungarn Serbiens halber nicht mit Rußland entzweie. Ich befürchte dies, wenn Oesterreich-Ungarn der Union wegen noch immer auf eine Entschädigung für Serbien besteht, und so sehr wir Deutsche Ihnen mit aller Macht beistehen würden, wenn Rußland Sie angriffe, so unmöglich wäre es, der deutschen Heeresmacht die Rolle der Hilfstruppen zur Erwei-